

Protokoll

**25. öffentliche Sitzung des Ausschusses Klima und Mobilität
vom 27.05.2026, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Vorstellung Projekt "Wendland Zirkular"
3. Vorbereitung Vergabe öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA) 2026/805
4. Einführung eines Strombilanzkreismodells 2026/803
5. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 5.1. Information Standort Altmarkstraße 9 in Lüchow, Betriebshof FD 69 2026/814
- 5.2. Vergabe Rissanierung auf Kreisstraßen 2026/741
- 5.3. Vergabe Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten auf Kreisstraßen 2026/744
- 5.4. Vergabe Oberflächenbehandlung auf Kreisstraßen 2026/740
- 5.5. Vergabe Markierungsarbeiten auf Kreisstraßen 2026/743
- 5.6. Beschaffung eines Mobilbagger für den Straßenbetriebsdienst 2026/769
- 5.7. 3. Abfahrt Grund- und Oberschule Gartow 2026/804
- 5.8. Ladeinfrastruktur bei der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH 2026/764
- 5.9. Digitaler Ticketvertrieb bei der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH 2026/761
- 5.10. Beschaffung weiterer Fahrscheindrucker mit Kartenzahlung für die Linienbusse der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH 2026/765
- 5.11. Fahrzeuersatzbeschaffung bei der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH 2026/762
- Anfrage von KTA Wiehler (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 13.05.2026: Radwegsanierung Wustrow 2026/822
- 5.12. Anfrage von KTA Carmienke (CDU) zur Anzeige Fahrradmitnahme im DB Navigator und VBN
- 5.13.

Anwesend:

KTA Carmienke, Christian
KTA Hillmer, Birgitta
KTA Klepper, Hermann-Dieter
KTA Liebhaber, Manfred
KTA Siebolds, Reinhard
KTA Sperling, Udo
KTA Wiegrefe, Wolfgang
KTA Wiehler, Julie Vorsitzende
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Hensel, Thorsten
Beratendes Mitglied Dietrich, Uwe
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria
Rzepa, Martin – FDL Kreisstraßen
Conrad, Claudio – Gebäudemanagement Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Dittmer, Franziska - Stabstelle Klimaschutz und Mobilität
Heuer, Marten - Kreisinspektorwärter
Roux, Juliane - Stabstelle Klimaschutz und Mobilität
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel

Gäste:

Kurt, Florian - VNO

VNO

Es fehlen:

KTA Beckmann, Uwe vertreten durch KTA M. Liebhaber
KTA Flöter, Anja entschuldigt
KTA Goebel, Dietmar
beratendes Mitglied Busse, Michel
beratendes Mitglied Kählert, Hinrich entschuldigt
beratendes Mitglied Ließ, Roland

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:21 Uhr

Öffentlicher Teil

. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzende Wiehler begrüßt zum Fachausschuss Klima und Mobilität und eröffnet die 25. Sitzung um 15.00 Uhr. Sie erwähnt, dass das Protokoll der Sitzung vom 22.04.2026 noch nicht vorliege.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vorsitzende Wiehler eröffnet die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

Bürger Rübsam-Wassong fragt, weshalb bisher keine Landesbuslinie von Salzwedel über Lüchow nach Lüneburg beantragt worden sei. Er fragt, ob bekannt sei, was in den Anlagen zu der Förderrichtlinie des Landes Niedersachsen stehe. Darin werde erwähnt, dass Parallelverkehre zur Schiene gefördert würden, die zeitliche Lücken im ÖPNV-Angebot schließen.

EKR Schermuly antwortet, dass dies bekannt sei. Jedoch konzentriere sich die Verwaltung in Abstimmung mit der VNO derzeit darauf, eine Förderung für die Landesbuslinie von Ludwigslust über Dannenberg nach Uelzen zu bekommen. Zudem werde derzeit an der Machbarkeitsstudie der Jeetzeltalbahn gearbeitet. Die von Herrn Rübsam-Wassong geforderte Landesbuslinie sei bereits geprüft worden. Jedoch sei entschieden worden, eine eventuelle Konkurrenzsituationen zu den bestehenden Forderungen zu vermeiden.

Herr Kurt ergänzt, dass es zunächst wichtig sei, den Zweistundentakt der Wendlandbahn zu erreichen. Er halte es für ungeschickt in dieser Situation die vorgeschlagene Landesbuslinie von Salzwedel zusätzlich zu fordern.

Vorsitzende Wiehler schlägt einen bilateralen Austausch zwischen Herrn Kurt von der VNO und Herrn Rübsam-Wassong zu diesem Thema vor.

Bürger Rübsam-Wassong fragt, ob es in der nächsten Legislaturperiode möglich wäre, einer Person des VCD den Status eines beratenden Mitglieds im Fachausschuss Klima und Mobilität zu geben.

Vorsitzende Wiehler antwortet, dass die Verwaltung eine Zusammenfassung dazu erarbeite, wie das Prozedere während der konstituierenden Phase ablaufen könne, dauerhafte und gewählte Beiratsmitglieder zu haben.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

2. Vorstellung Projekt "Wendland Zirkular"

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP und übergibt Frau Knöpfel das Wort.

Frau Knöpfel stellt sich vor als Mitarbeiterin der Wirtschaftsförderung und Leiterin des Projekts Wendland.Zirkular bzw. Circular Rural Region (CRR) Landkreis Lüchow-Dannenberg. Den Projektstatus trägt sie anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage). Ziel des Projektes sei, die Bevölkerung sowie Unternehmen in der Region für das Thema Kreislaufwirtschaft zu sensibilisieren und Wissenstransfer sowie Austauschmöglichkeiten zum Thema zu bieten.

Frau Knöpfel präsentiert ausgewählte lokale Vernetzungsformate, die sie im Rahmen des Projektes in der Zeit seit ihrem letzten Vortrag im KliMo 2025 entwickelt habe, und gibt einen kurzen Rückblick zu einer Auswahl an Veranstaltungen sowie der Aktion Klima-Taler.

KTA Siebolds fragt, wieviel Umsatz der Klima-Taler generiere.

Frau Knöpfel antwortet, dass das Ziel der Klima-Taler-App sei, Bürgerinnen und Bürger dazu zu motivieren,

nachhaltiger zu agieren. Die Aktion sei ein Gratis-Marketing-Tool für Unternehmen. Sie habe Einblick darüber, wie viele Taler insgesamt generiert und wie viele Kilometer dafür z.B. zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt worden seien. Sie habe jedoch keinen Einblick in die Daten der einzelnen Unternehmen und wofür genau die Klima-Taler eingelöst würden.

KTA Carmienke fragt, ob diese Daten ermittelbar wären. Er gehe davon aus, dass es für neu anzuwerbende Unternehmen von Interesse sein könnte, wieviel Umsatz mit dem Klima-Taler zusätzlich generiert würden und ob sich das Angebot für das Unternehmen lohne. Ziel sei aus seiner Sicht, Wertschöpfung zu generieren.

Frau Knöpfel berichtet, dass die Hauptfrage interessierter Unternehmen sei, wie viele Nutzende das Angebot in der App sähen. Dies seien derzeit 340 in der Region. Jedoch zeigten die Zahlen, das 4.000 Taler insgesamt generiert worden seien und nur ca. 500 Taler davon eingetauscht. Aufgrund der niedrigen Zahlen sei die Frage, ob und wie die Klima-Taler-Aktion im kommenden Jahr weitergeführt und über Frau Knöpfels Förderprojekt weiterfinanziert werde. Die Kosten lägen bei 5.000 Euro im Jahr. Das Anwerben neuer Unternehmen sei sehr zeit- und arbeitsintensiv.

Vorsitzende Wiehler sagt, dass die Herausforderung zum Einlösen der Taler ggf. darin liege, dass nur zehn Unternehmen im Raum Lüchow das Einlösen der Klima-Taler anbieten würden. Das sei nicht für alle Menschen im Landkreis attraktiv.

KTA Siebolds fragt, ob es Zahlen darüber gebe, wie die tatsächliche Klimawirkung der Aktion sei und wieviel CO₂ durch Klima-Taler eingespart würden.

Frau Knöpfel antwortet, dass sie diese Zahl ermitteln könne und diese gern nachreiche.

Vorsitzende Wiehler stellt fest, dass durch die Klima-Taler-Aktion nicht unbedingt CO₂ eingespart werde, weil Teilnehmende ggf. vorher auch bereits viel Fahrrad gefahren seien. Durch die Aktion werde die eigene Aktivität jedoch in den Wirtschaftskreislauf gegeben. Es handele sich um ein Tauschgeschäft der eigenen CO₂-Einsparung gegen „Goodies“ von Unternehmen.

KTA Hensel meldet sich als Projektpartner des Klima-Talers zu Wort. Der Wendlandmarkt sei ein Partnerunternehmen geworden, weil ihm wichtig sei, Menschen dazu zu bewegen, sich klimafreundlich fortzubewegen. Es funktioniere wie ein Treuepunkte-System. Bei ihm gebe es für drei Klima-Taler einen Becher Kaffee als kleine Belohnung. Ziel sei nicht, dadurch großen Umsatz zu generieren. Er wünscht sich, dass mehr Unternehmen auch aus Hitzacker und Dannenberg mitmachen würden.

Frau Knöpfel ergänzt, dass jedes Unternehmen individuell gestalten könne, wie die Einlösung der Klima-Taler erfolge, z.B. auch ab einem gewissen Einkaufswert im Geschäft.

KTA Allgayer-Reetze fragt, ob die zehn bisherigen Unternehmen auch im nächsten Jahr wieder mitmachen würden und wie die Bezeichnung „durchschnittlich viele“ auf Folie 4 zu verstehen sei. Sie fragt, wie viele Unternehmen sich deutschlandweit beteiligten.

Frau Knöpfel erklärt, dass „durchschnittlich viele“ in Relation zu anderen teilnehmenden Kommunen deutschlandweit gesehen werde und in Bezug zur Anzahl der Einwohnenden bewertet werde. Sie habe keine Zahl, wie viele Unternehmen teilnehmen, jedoch die Information, dass ca. 90 Regionen und Städte 2025 mitgemacht hätten.

Vorsitzende Wiehler berichtet, dass die Klima-Taler-Aktion gerade bei Jüngeren einen Anreiz darstelle und kleinteilige Belohnungen gut ankämen. Jedoch bewerte sie die Anzahl der teilnehmenden Unternehmen als wesentlichen Faktor für den Erfolg der Aktion. Bisher sei die Aktion im Landkreis nicht sichtbar.

KTA Klepper fragt, ob es Erkenntnisse gebe zwischen der Aktion und tatsächlich geändertem Verhalten. Darüber hinaus sei ein zentraler Punkt zu bewerben, bewusst weniger zu konsumieren

Frau Knöpfel sagt, dass sie im Rahmen des Kreislaufwirtschaftsprojektes mit dem Klima-Taler ausprobieren wolle, ob Bürgerinnen und Bürger eher zu einem nachhaltigen Verhalten zu bewegen sind, wenn sie freundlich und spielerisch eingeladen würden als mit dem erhobenen Zeigefinger. Leider scheitere die Umsetzung an der geringen Anzahl von Partnerunternehmen.

Vorsitzende Wiehler fragt, welche Hürden für Unternehmen bestünden, an der Aktion teilzunehmen.

Frau Knöpfel antwortet, dass eine Teilnahme unkompliziert sei und ein Großteil der Unternehmen, die sie angesprochen habe, im ersten Moment sehr interessiert sei mitzumachen. Jedoch habe die Umsetzung dann im Arbeitsalltag keine Priorität. Es sei kein Selbstläufer.

KTa Carmienieke fragt zur Folie 5 „Ausblick“, welche Waldkindergärten im Rahmen der Schulungsprogramme für pädagogisches Personal angesprochen worden seien und weshalb es ausschließlich Waldkindergärten seien.

Frau Knöpfel antwortet, dass sie mit allen Waldkindergärten im Landkreis zusammenarbeite. Darüber hinaus sei sie auch mit Popcorn im Gespräch. Im Allgemeinen habe sie alle Einrichtungen angeschrieben und arbeite dann mit denen zusammen, die sie einladen würden.

Frau Knöpfel berichtet abschließend zu Folie 5 „Ausblick“, dass sie in enger Zusammenarbeit mit dem Fördermittelmanager Gilbert Kluth (Stabsstelle 80) zum Thema Baustoffe und Abfallwirtschaft zusammenarbeite. Im Bereich der Abfallberatung habe sie die Idee entwickelt, über die Abfall-App des Landkreises Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, dass sie ihre zu entsorgenden Gegenstände nicht wegwerfen müssten, weil sie in dem Moment als Müll bewertet würden. Sondern über die App darüber zu informieren, dass einige Dinge ggf. zu gut zum Wegwerfen seien und hier Orte anzuzeigen, an denen die Dinge weiter im Kreislauf gehalten werden könnten, z.B. in einem Sozialkaufhaus oder bei einem „Verschenken-Markt“. Darüber hinaus sei ein Bildungsprojekt im Rahmen der Ferienbetreuung geplant, um Schülerinnen und Schüler für Kreislaufwirtschaft zu sensibilisieren.

Vorsitzende Wiehler bittet Frau Knöpfel abschließend darum darzustellen, an welchen Stellen ihr Projekt tatsächlich etwas bewirkt und nachhaltig verändert habe.

Frau Knöpfel antwortet, dass eine zentrale Veranstaltung der von ihr organisierte zirkuläre Weihnachtsmarkt gewesen sei. Hier hätten ihr die teilnehmenden Initiativen große Dankbarkeit entgegengebracht, ihr Engagement und ihre Produkte über eine konkrete Plattform darstellen und anbieten zu können. Auch unter den 200 Marktbesuchenden, denen sie teilweise Führungen über den Markt gegeben und über Kreislaufwirtschaft informiert hatte, gab es Stimmen, die meinten, dass sie die Veranstaltung als Anlass zum Umdenken für sich sähen. Zusätzlich nennt sie die Expertengespräche mit Unternehmen, bei denen es um die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle gehe, bei denen deutlich werde, dass ein Umdenken stattfände. Jedoch stelle sie immer wieder fest, dass Kreislaufwirtschaft kein Prioritätsthema sei. Jedoch sei es für den Landkreis ein Standortentwicklungsthema, um Unternehmen dazu zu bringen, ressourceneffizientes Handeln und lokales Wirtschaften weiterzuentwickeln. Das sollte die Wirtschaftsförderung stets mitdenken. Veränderung brauche seine Zeit.

Vorsitzende Wiehler dankt für den Vortrag und schließt den TOP.

3. Vorbereitung Vergabe öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA)

2026/805

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP und erteilt EKR Schermuly das Wort.

EKR Schermuly trägt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor. Er macht deutlich, dass dieser TOP heute ausschließlich eine Empfehlung über das Vergabeverfahren sei und keine Entscheidung über die inhaltliche Ausgestaltung des öDAs. Die Verwaltungsleitung spreche sich sehr klar dafür aus, eine Direktvergabe an die LSE vorzunehmen, wie es der klare Beschlussvorschlag erkennen lasse. Einziger zu diskutierender Punkt sei die Jahreszahl im Beschlussvorschlag: Das LSE-Geschäftsjahr entspreche nicht einem Wirtschaftsjahr. EKR Schermuly schlägt vor, die 10 Jahre zu ersetzen durch 10,5 Jahre um das LSE-Geschäftsjahr an die Laufzeit des öDAs zu koppeln. Er erteilt Herrn Kurt von der VNO, die den Prozess als Beratungsunternehmen unterstütze, das Wort.

Herr Kurt stellt als Vorteil des Beschlussvorschlags dar, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg mit dieser Lösung direkt auf das Handeln der LSE einwirken könne und so z.B. die Linienführung und Fahrpläne mitgestalten könne. Dies sei besser als einen Verkehrsvertrag mit einem externen Unternehmen abzuschließen und hier nur innerhalb des Vertrages agieren zu können. Die VNO unterstütze das vorgeschlagene Modell.

Vorsitzende Wiehler erklärt, dass in der ÖPNV AG entschieden worden sei, in dieser Wahlperiode über das Vergabeverfahren zu entscheiden und die Ausgestaltung des öDA in der nächsten Wahlperiode vorzunehmen. Würde sich jetzt für einen Direktvergabe an die LSE entschieden werde, hätte der Landkreis deutlich mehr Luft als wenn ein externes Vergabeverfahren gestartet werden müsste. Dann müsste bereits jetzt eine Auftragsabsichtsvergabe bekannt gemacht werden im Vorfeld eines langen, aufwändigen Ausschreibungsprozesses. Sie betont, dass es innerhalb des öDA-Vertrags deutlich mehr Spielraum und Gestaltungsmöglichkeiten gebe, als bisher bekannt gewesen sei, so dass eine direkte inhaltliche Mitarbeit möglich sei. Das betreffe z.B. den Umfang der Weitervergaben.

KTa Carmienieke stimmt dem Gesagten zu. Die Erfahrung benachbarter Landkreise zeige, wie schwierig es

sei, geeignete Busunternehmen zu finden. Er sieht die LSE als sehr wertvoll an und spricht sich dafür aus, direkte Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Er unterstützt den Beschlussvorschlag.

KTA Hensel erinnert daran, wie katastrophal die Beförderungssituation im Landkreis in der Vergangenheit gewesen sei, als die LSE nur einen Teil des Schülerverkehrs gefahren sei und Unternehmen aus angrenzenden Landkreisen Auftragnehmer für den ÖPNV gewesen seien. Seit dem die LSE den ÖPNV übernommen habe, habe sich vieles zum Positiven verändert. Er plädiert dafür, dass die Politik und Verwaltung sehr enge Vorgaben darüber machten, was gewollt sei: ein attraktiver, bezahlbarer und verlässlicher ÖPNV. Die kurzen Wege zwischen Verwaltung, Politik und LSE seien von Vorteil. Er spricht sich für eine Direktvergabe an die LSE aus.

Vorsitzende Wiehler schlägt vor, im Beschlussvorschlag die 10 Jahre zu ersetzen und „für die Dauer von bis zu 11 Jahren“ zu schreiben. Sie führt die Abstimmung durch und schließt den TOP.

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt die notwendige Vergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages für den öffentlichen Personennahverkehr vorzubereiten. Die Vergabe erfolgt durch eine Direktvergabe für die Dauer von bis zu 11 Jahren an das landkreiseigene Unternehmen, Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH. Die inhaltliche Ausgestaltung der vorherigen Bekanntmachung der geplanten Direktvergabe erfolgt in enger Abstimmung mit der Politik und externen Fachexperten.

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0

4. Einführung eines Strombilanzkreismodells

2026/803

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP und erteilt Frau Dittmer das Wort.

Frau Dittmer trägt den Sachverhalt zur Einführung eines Strombilanzkreismodells anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage), so wie in der Sitzungsvorlage samt Anlagen dargestellt.

KTA Carmienieke fragt zu den kreiseigenen Dächern und Flächen für PV-Anlagen, ob hier auch Batteriespeicher mitgeplant würden. So könnte z.B. langfristig für den Katastrophenschutz der Notfall-Dieselmotor des Kreishauses ersetzt und die Notstromversorgung über erneuerbare Energien gedeckt werden.

Frau Dittmer schlägt vor, die Frage hintenanzustellen und nach dem Vortrag zu beantworten.

Vorsitzende Wiehler merkt zu den dargestellten Simulationen für 2027 und 2030 an, dass das Ziel doch wäre, weniger zu verbrauchen. Sie fragt, ob Wärmepumpen in den Berechnungen enthalten seien.

Herr Conrad antwortet, dass es sich bei den Berechnungen um die reinen Verbräuche handle. Würde der Stromverbrauch durch die Wärmepumpen miteingerechnet, würde der Gesamtverbrauch steigen. Dies sei zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu simulieren. Der PV-Ertrag sei, wie in den Simulationen dargestellt, klar zu berechnen.

Frau Dittmer ergänzt, dass es sich bei den Simulationen eher um konservative Berechnungen handle.

Vorsitzende Wiehler fragt, wer die Stromsteuer erhalte.

Frau Dittmer antwortet, dass diese an den Staat auf Bundesebene ginge.

KTA Carmienieke fragt, ob schon alle kreiseigenen Gebäude mit PV-Anlagen ausgestattet seien und ob PV-Ausbaupläne mit in die Berechnungen für 2027 und 2030 aufgenommen worden seien.

Frau Dittmer sagt, dass noch nicht alle Gebäude PV-Anlagen hätten.

Herr Conrad führt aus, dass in der Simulation für 2030 alle kreiseigenen Dächer enthalten seien, bei denen ein PV-Ausbau potenziell möglich wäre. Für die Berechnungen sei der größtmögliche Ausbaustand angenommen worden. Die Jeetzel-Oberschule habe noch Flächen frei auf einer Spange sowie auf dem Flachdachbau. Die BBS Lüchow habe einen Bauabschnitt mit einer großen Fläche für eine PV-Anlage mit einer Größe ähnlich wie in Dannenberg. Jedoch müsste hier im Vorfeld eine Dachsanierung durchgeführt werden. Auch bei anderen Liegenschaften gebe es noch Ausbaupotenzial. Ältere PV-Anlagen, die der

Landkreis nun übernehme, seien technisch in Ordnung und würden zunächst weiter betrieben, hätten jedoch im Vergleich zu neuen Anlagen weniger kWp (Kilowatt peak) Ertrag.

Herr Conrad antwortet auf KTA Carmienkes Frage bzgl. Batteriespeicher, dass der Bau von Speichern bei aktuellen Planungen vom Gebäudemanagement bereits mitgedacht würde. Beispielsweise sei das Thema für das Holzzentrum im Schulzentrum Lüchow mit dem Planungsunternehmen angesprochen worden. Die Idee sei dort, zunächst einen Speicher zu bauen für den eigenen Energiebedarf morgens zum Schulbeginn, bevor die Sonne scheine.

Herr Conrad berichtet, dass er aktuell daran arbeite, in allen Liegenschaften Stromzähler auszutauschen, um so Lastgangdaten für die Anpassung eventueller Stromspeicher pro Gebäude zu erhalten. Ziel sei, den selbst produzierten Strom für die jeweiligen Gebäude zu nutzen in Zeiten, in denen die Sonne nicht scheine, bevor der Strom per Direktvermarktung ins Netz gespeist werde.

KTA Carmienieke spricht sich für die Einführung eines Strombilanzkreismodells aus. Er begrüßt die Entwicklung einer autarken Stromversorgung für die kreiseigenen Liegenschaften - auch vor dem Hintergrund des eher langsamen Stromnetzausbaus. Er fragt, ob auch Parkplätze in den PV-Ausbauplanungen mitbedacht würden.

Herr Conrad antwortet, dass es diese Überlegungen schon vor längerer Zeit gegeben habe, jedoch viele der Parkplätze an den Liegenschaften nicht im Eigentum des Landkreises seien – wie z.B. der Gildehaus-Parkplatz neben dem Kreishaus. Möglichkeiten sehe er beim Parkplatz an der KGS Clenze. Jedoch würde er die Betrachtung der Parkplätze im Zusammenhang mit dem Strombilanzkreismodell nicht prioritär behandeln.

Vorsitzende Wiehler fragt, wie es sich beim Strombilanzkreismodell verhalte, wenn der Kanal voll sei und Strom nicht eingespeist werden könne. Sie fragt, ob das Modell es so bewerten würde, als sei der Strom ins Netz geflossen.

Frau Dittmer verneint dies.

Herr Conrad ergänzt, dass Versorgungsnetzbetreiber nur auf 60 Prozent der Leistung runterregeln dürften, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Wenn also nur 60 Prozent des erzeugten Stroms eingespeist werden könnten, könne auch nur dieser Anteil bilanziell für den Verbrauch gegengerechnet werden.

Vorsitzende Wiehler erinnert an den Vortrag des Verkehrsbetriebsleiters Ludwigslust-Parchim, der in seinem Modell auch ÖPNV-Fahrzeuge und Rettungswagen integriert hätte. Sie fragt, ob das in den Simulationen auch enthalten sei.

Herr Conrad antwortet, dass in der Simulation für 2027 drei E-Busse der LSE enthalten seien, die in Dannenberg Schnellladesäulen nutzen sollen. Hierfür seien direkt am NaWi-Gebäude ein Trafo gebaut und Vorbereitungen für Busladestationen geschaffen worden. Da die Flottenumstellungsplanung der Fachdienste 69 und 70 sowie der LSE noch nicht abgeschlossen sei, sei derzeit noch unklar, inwieweit an welchen Orten auch Fahrzeuge den erzeugten Strom direkt an den Liegenschaften nutzen könnten.

Frau Dittmer ergänzt, dass für die Berechnungen auch Nachtstrom miteinbezogen worden sei, wenn dieser im Winter günstig verfügbar sei.

KTA Klepper fragt, wie das Klimaschutzmanagement damit umgehe, dass 2030 die deutschen Klimaziele nicht erreicht würden.

Frau Dittmer antwortet, dass die Verwaltung deshalb die Themenbereiche zeitnah angehe, die sie selbst beeinflussen könne: nämlich die eigenen Heizungsanlagen und Fahrzeuge auf erneuerbare Energien umzustellen und möglichst viel Strom mit Erneuerbaren selbst zu produzieren. So gehe die Kreisverwaltung als gutes Vorbild für die Energiewende voran. Die Umsetzung erfolge im Rahmen des Klimaschutzkonzepts für die Kreisverwaltung. Auf Entwicklungen - wie z.B. das Gebäudemodernisierungsgesetz auf Bundesebene - habe die Verwaltung keinen Einfluss.

Vorsitzende Wiehler begrüßt, dass die Verwaltung Anreize schaffe, mit den eigenen Liegenschaften Strom zu produzieren, auf E-Energie umzusteigen und diese im eigenen Kreislauf zu nutzen. Dies sei zwar ein sehr langsamer Schritt, jedoch eine Möglichkeit, die die Verwaltung aktiv gestalten könne.

KTA Carmienieke bestätigt, dass jeder kleine Schritt in die richtige Richtung wichtig sei. Gemeinsame Auffassung sei, die Welt klimaneutral zu organisieren, auch wenn es für die Ausgestaltung in Teilen unterschiedliche Ansichten gebe. Faktoren wie der derzeit hohe Ölpreis führten ggf. dazu, dass alle noch schneller in die richtige Richtung gingen für mehr Unabhängigkeit von internationalen Rohstofflieferungen.

Vorsitzende Wiehler merkt an, dass einzelne Bausteine nicht das gesamte Problem lösen könnten. Jedoch sei es hilfreich auf dem Weg, dass es diese Bausteine gebe. Sie lobt das vorhandene Knowhow im Klimaschutzmanagement sowie das Einbringen solch wertvoller Vorschläge von der Verwaltung.

KTA Hensel ruft dazu auf, als Landkreis die Hausaufgaben hier vor Ort zu machen. Die Zukunft des Landkreises würde von den Themen Kreislaufwirtschaft und erneuerbare Energien dominiert. Sowohl Unternehmen als auch Privatmenschen würden erkennen, dass erneuerbare Energien wirtschaftlich seien. Er begrüßt, dass die Verwaltung so viele Themen von selbst vorantreibe.

Beratendes Mitglied Krause merkt an, dass er es ebenfalls begrüße, wenn der Landkreis eine möglichst autarke Energiewende vorlebe. Er plädiert dafür, Speicher zu bauen.

Vorsitzende Wiehler führt die Abstimmung zum Beschlussvorschlag durch und schließt den TOP.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, das Gebäudemanagement bei künftigen Stromausschreibungen mit der Integration eines Strombilanzkreismodells zu beauftragen, sobald die technischen und organisatorischen Voraussetzungen hierfür geschaffen sind. Dadurch sollen Kosten gespart, der weitere Ausbau von PV-Anlagen sowie das Erreichen der Treibhausgasneutralität 2040 gezielt vorangetrieben werden.

Abstimmungsergebnis:einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

5. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

5.1. Information Standort Altmarkstraße 9 in Lüchow, Betriebshof FD 69

2026/814

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

KBDin Stellmann führt in den TOP gemäß Sitzungsvorlage samt Anlagen ein. Sie erläutert, dass in der Sondersitzung der Ausschüsse Klima und Mobilität und Abfall und Öffentliche Sicherheit im April zum TOP Betriebshof eine Darstellung der Gegebenheiten in der Altmarkstraße 9 sowie Berechnungen der Vergleichsvarianten gewünscht worden seien. Sie weist darauf hin, dass es sich bei den Berechnungen in den Anlagen um reine Kostendarstellungen und keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen handele. Eine Darstellung des LSE-Betriebshofs liege noch nicht vor.

FDL Rzepa stellt den Zustand der Liegenschaft in der Altmarkstraße 9 anhand einer Präsentation mit Bildern und Erläuterungen vor (siehe Anlage). Er stellt dar, dass der Betriebshof insgesamt eine gewachsene Struktur sei, die nicht mehr den heutigen Anforderungen an Größe, Technik, energetischem Standard und Sicherheit entspreche. Die Gebäude erfüllten nicht mehr die Funktionen, für die sie benötigt würden.

KTA Carmienieke fragt, ob bei den Planungen bedacht worden sei, eventuelle Synergieeffekte mit den vorhandenen Straßenmeistereien des Landes in Dannenberg sowie der Samtgemeinde in Lüchow zu nutzen.

FDL Rzepa antwortet, dass die Straßenmeistereien sich auf Arbeitsebene bereits gegenseitig aushelfen würden und mit Maschinen oder Streugut gegenseitig unterstützten. Die Dienstleistung der Kreisstraßenmeisterei könne durch die anderen Straßenmeistereien jedoch nicht übernommen werden.

KTA Carmienieke konkretisiert sein Anliegen und fragt, ob denkbar wäre, gewisse Bauhöfe von zwei Einheiten wie z.B. vom Land und der Samtgemeinde Lüchow mit dem Landkreis zusammen zu legen, um Gebäude wie die Maschinenhalle gemeinsam zu nutzen.

FDL Rzepa antwortet, dass diese Entscheidung auf politischer oder Führungsebene gefällt werden müsse. Zwar gebe es für den Landkreis die räumliche Nähe zum Betriebshof der Samtgemeinde Lüchow. Jedoch hätte die Straßenmeisterei dort ein anderes Anforderungsprofil und andere Maschinen im Einsatz, da die Straßen unterschiedlich aufgebaut seien. Im Bereich der Leiteinrichtungen sei der Landkreis eher vergleichbar mit Bund und Land. Darüber hinaus sei die Kreisverwaltung bereits im Gespräch mit der Samtgemeinde Lüchow über einen gemeinsamen Lagerplatz, auf dem auch das neue Silosilo aufgestellt werden solle. In diesen Gesprächen habe FDL Rzepa erfahren, dass die Samtgemeinde Lüchow keinen neuen Betriebshof plane.

KBDin Stellmann stellt klar, dass die Verwaltung unter zeitlichem Druck stehe bzgl. der Arbeitssicherheit und

des Gewerbeaufsichtsamts für Woltersdorf. Das große Betriebshofthema sei aufgekommen, weil für die LSE ggf. Möglichkeiten bestünden, Fördermittel zu generieren, und Synergieeffekte für die drei Einheiten FD69, FD70 und LSE genutzt werden sollten. Unabhängig davon sei die Kreisverwaltung in Gesprächen mit der Samtgemeinde Lüchow, woraus sich die Planungen des gemeinsamen Lagerplatzes ergeben hätten, den die Samtgemeinde kaufe und in den sich Kreisverwaltung langfristig einmiete. Auch im Abfallausschuss in der folgenden Woche würden Varianten für Woltersdorf diskutiert, um voran zu kommen. So könne das Thema Schritt für Schritt abgearbeitet und alle Varianten mitgedacht werden. Es seien Fördermittel für Betriebshöfe und Kreisstraßenmeistereien angekündigt.

KTA Carmienieke fragt, ob die Landesstraßenmeisterei in Dannenberg mitgedacht werde.

KBDin Stellmann antwortet, dass es vor Ort keine zusätzlichen Kapazitäten gebe.

FDL Rzepa bestätigt, dass der Betriebshof in Dannenberg ausgelastet sei. Darüber hinaus gebe es keine Gespräche mit der Landesstraßenmeisterei. Er berichtet von einem Modell im Landkreis Harburg, das alle Straßen bewirtschafte.

KTA Carmienieke bittet darum, ganz offen in die Diskussion zu gehen und die Landesstraßenmeisterei mitzudenken. Ggf. könnten hier Werkstattgebäude gemeinsam genutzt werden, ohne dass die Verwaltung vor Ort sitzen müsse.

FDL Rzepa erklärt, dass er offen sei. Jedoch gebe es in Dannenberg auf dem Gelände keine Kapazitäten. Zu bedenken sei, dass evtl. Vorgaben aus Lüneburg zu beachten seien.

KBDin Stellmann ergänzt, dass im ersten Schritt so gehandelt werden müsse, Einheiten aufrechtzuerhalten, damit das Gewerbeaufsichtsamt diese perspektivisch nichts schließe. Eine Offenheit in alle Richtungen sei durch dieses modulare Vorgehen möglich. Die Frage bzgl. eines Anschlusses an die Landesstraßenmeisterei werde die Verwaltung prüfen.

Vorsitzende Wiehler bitte ebenfalls darum, diese Möglichkeit der Kooperation im Blick zu halten, um ggf. überflüssige Neubauten zu vermeiden.

KTA Hensel geht davon aus, dass die Verwaltung in den nächsten ein bis zwei Jahren aktiv werden müsse, um die notwendigsten Themen in FD69 anzugehen. Denn die Darstellungen von FDL Rzepa hätten gezeigt, dass die Gebäude so nicht bestehen bleiben könnten. Er erwähnt, dass der Betriebshof der Samtgemeinde Lüchow in den nächsten fünf Jahren keinen Handlungsdruck habe.

FDL Rzepa erklärt, dass im Bereich der Arbeitssicherheit einiges angegangen werde, jedoch nur als Provisorien. Derzeit werde z.B. die Stromunterverteilung neu gebaut, dadurch sei die Gesamtverteilung jedoch nicht neu und das Gebäude auch nicht größer. Auch die Abgasabsaugung werde in diesem Jahr noch erledigt. Jedoch müssten die Schritte vorgeplant sowie Laufzeiten von Vergaben bedacht werden.

KTA Carmienieke betont, dass Arbeitssicherheit in den Gebäuden gewährleistet werden müsse und deshalb die Neuerungen wichtig seien. Darüber hinaus merkt er an, dass aufgrund der Notlage eines strukturell und finanziell angeschlagenen Unternehmens aus der Region ggf. Gelände oder Gebäude von diesem Unternehmen genutzt werden könnten, die vor Kurzem saniert worden wären und größere Werkstätten hätten. Er bittet darum, dies auch mitzudenken.

Vorsitzende Wiehler merkt an, dass einige KTAs bereits seit langer Zeit dazu anregen, Bauhöfe zusammenzulegen. Sie sieht es als unglückliches Zwischenergebnis, dass dies bisher nicht vorangebracht worden sei und nun unter Zeitdruck gehandelt werden müsse.

KBDin Stellmann führt aus, dass für die Altmarkstraße 9 eine Mängelliste bzgl. Arbeitssicherheit erstellt worden sei, die nun nach und nach abgearbeitet werde. Sie betont, dass die Verwaltung daran arbeite, vernünftige Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden vor Ort zu schaffen. Der Schwarz-Weiß-Bereich sei vor einigen Jahren saniert worden, sei jedoch insgesamt zu klein. Notdürftig würden die Arbeitsbedingungen verbessert, jedoch sei es nicht möglich, auf den sicherheitstechnisch geforderten Stand zu kommen. Jedoch sei es ein Abwägungsprozess, wieviel noch investiert und was jetzt noch behoben werden soll vor dem Hintergrund, dass über eine Neuerrichtung der Gebäude diskutiert werde. Die alten Gebäude würden keine hohe Kaufsumme generieren oder Nachnutzer bringen. Darüber hinaus beobachte die Kreisverwaltung den Gebäudemarkt.

KTA Klepper meldet sich zu einem weiteren Thema im Aufgabenbereich des FD69 zu Wort. Er erinnert an die zwei Kreistagsbeschlüsse zu Mähvorgaben entlang der Kreisstraßen

FDL Rzepa erklärt, dass ein Mitarbeiter ein Konzept zu dem Thema erarbeitet habe, das in einer

Gesprächsrunde zwischen Verwaltung und Politik vorgestellt werden solle.

KBDin Stellmann versichert, dass die Beschlüsse eingehalten werden sollen. Sie schlägt vor, dass die Gesprächsrunde noch in dieser Wahlperiode stattfinden sollte, damit KTA Klepper teilnehmen könne.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

5.2. Vergabe Rissanierung auf Kreisstraßen	2026/741
5.3. Vergabe Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten auf Kreisstraßen	2026/744
5.4. Vergabe Oberflächenbehandlung auf Kreisstraßen	2026/740
5.5. Vergabe Markierungsarbeiten auf Kreisstraßen	2026/743
5.6. Beschaffung eines Mobilbagger für den Straßenbetriebsdienst	2026/769
5.7. 3. Abfahrt Grund- und Oberschule Gartow	2026/804
5.8. Ladeinfrastruktur bei der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH	2026/764

Vorsitzende Wiehler merkt an, dass zur Ladeinfrastruktur dieselbe Sitzungsvorlage vorgelegt worden sei, ohne die Änderungen der Politik. Es fehle z.B. der Standort Hitzacker.

EKR Schermuly erläutert, dass dieses Thema in der LSE-Gesellschafterversammlung zurückgestellt worden sei. Hier werde es eine neue Runde geben, bei der im Detail über die Ladeinfrastruktur diskutiert werde.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

5.9. Digitaler Ticketvertrieb bei der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH	2026/761
--	----------

Kenntnis genommen

5.10. Beschaffung weiterer Fahrscheindrucker mit Kartenzahlung für die Linienbusse der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH	2026/765
---	----------

Kenntnis genommen

5.11. Fahrzeugersatzbeschaffung bei der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH	2026/762
--	----------

Kenntnis genommen

5.12. Anfrage von KTA Wiehler (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 13.05.2026: Radwegsanierung Wustrow	2026/822
--	----------

Vorsitzende Wiehler bittet FDL Rzepa um Stellungnahme zu ihrer Anfrage.

FDL Rzepa erläutert, dass ein externer Dienstleister die Fahrbahndecke des Radwegabschnitts erneuert habe. Leider habe sich gezeigt, dass bei der Baumaßnahme eine ausführlichere Vorplanung notwendig gewesen wäre und der Baugrund hätte erkundet werden müssen. Die Baufirma habe im Rahmen der Einhaltung der baulichen Vorgaben den Boden viel mehr verdichtet, was am Ende dazu geführt habe, dass Wasser schlechter ablaufe und daher auf der Fahrbahn stehe. Eine provisorische Lösung durch die Auslage von Schotter sei nicht erfolgreich gewesen. Bei einer Bodenprüfung durch FD69 sei eine Lehmschicht in tieferer Lage entdeckt worden, weshalb das Wasser dort nicht versickern habe können. Durch den Bau einer Anbindung zu einem nahe gelegenen Regenwasserkanal, habe das eigene Betriebspersonal den Schaden

beheben können.

Vorsitzende Wiehler fragt, welche Oberfläche der Radweg an der Stelle habe.

FDL Rzepa antwortet, dass es Bitumen sei. Aufgrund der Auffahrten der anliegenden Wohngrundstücke sei eine wassergebundene Schotterschicht dort nicht möglich.

Vorsitzende Wiehler fragt im Namen von KTA Beckmann, ob der sanierte Radwegabschnitt in der Zuständigkeit des Landkreises liege.

FDL Rzepa bestätigt dies, weil es ein Radweg entlang einer Kreisstraße sei.

KTA Carmienieke fragt, ob durch das Vorgehen ein finanzieller Schaden entstanden sei und, wenn ja, ob dieser über eine Versicherung abzuwickeln wäre.

FDL Rzepa verneint dies.

KTA Carmienieke fragt, ob die Meldung der Stadt Wustrow, dass an dem Radweg etwas schief laufe, wie in der Zeitung erwähnt, bereits im Oktober 2025 erfolgt sei.

FDL Rzepa erinnert den genauen Zeitpunkt nicht. Jedoch habe sein Fachdienst aufgrund der Witterungsverhältnisse im Winter nicht aktiv werden können.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

5.13. Anfrage von KTA Carmienieke (CDU) zur Anzeige Fahrradmitnahme im DB Navigator und VBN

KTA Carmienieke erklärt, er habe am Wochenende eine Beschwerdemail eines Bürgers aus Hitzacker erhalten, der fragte, weshalb das Angebot des kurzfristig vom Landkreis eingesetzten Fahrradbusses auf der Schienenersatzverkehrslinie Lüneburg – Dannenberg und zurück, nicht in der App DB Navigator und dem VBN-Fahrplaner zu finden seien. Die Verwaltung habe dazu keine aufklärenden Antworten geben können. KTA Carmienieke sei sehr verärgert darüber, dass die Info nicht umgesetzt worden sei, weil er im Vorfeld die Verwaltung in zwei Sitzungen darum gebeten habe, das Angebot des Fahrradbusses in den genannten Online-Portalen anzeigen zu lassen. Er fragt, was hier schiefgelaufen sei und wie dieser Fehler zukünftig vermieden werden könne.

Herr Kurt bestätigt, dass das Angebot des Fahrradbusses aufgrund der knappen Vorlaufzeit in den ersten Tagen des Betriebs in den Online-Fahrplanauskünften nicht angezeigt worden sei. Er erläutert, dass es in Niedersachsen einen landesweiten Datenpool gebe, auf den der VBN-Fahrplaner und der DB Navigator zugreifen würden. Eine Aktualisierung des Datenpools erfolge nach Zulieferung der Daten von ÖPNV-Dienstleistern alle 14 Tage. Da der Fahrradbus erst einen Monat vor Beginn der KLP konzipiert worden sei, sei die Zulieferung in den Datenpool sehr kurzfristig vor Beginn der KLP erfolgt. Zum Start der KLP seien die Informationen daher noch nicht in den Aktualisierungsrhythmus gekommen. Seit Mitte der Vorwoche sei das Angebot in den Fahrplänen erschienen. Eine weitere Herausforderung sei jedoch, dass die Logik der Systeme stets die zeitgünstigste Verbindung anzeige. Zu zwei Tageszeiten fahre der Fahrradbus zeitgleich mit dem regulären Schienenersatzverkehr (SEV), wodurch der schnellere SEV ohne Fahrradmitnahme vorgeschlagen werde. Zudem sei die Datenzulieferung über das Unternehmen erixx erfolgt. Dessen System biete keine technische Möglichkeit, für Schienenersatzverkehre Zusatzinformationen wie Fahrradmitnahmemöglichkeiten in den Datenpool einzupflegen. Somit werde der Fahrradbus nun in den Auskunftssystemen angezeigt, jedoch sei nicht ersichtlich, dass er Fahrräder mitnehmen könne.

KTA Hensel stellt dar, dass die Voraussetzungen im Vorfeld sehr ungünstig gewesen seien. Die DB habe erst 4 bis 5 Wochen vor der KLP darüber informiert, dass die Wendlandbahn nicht fahren könne. Somit sei erst 10 Tage vor der KLP beschlossen worden, dass der Fahrradbus eingesetzt werden solle. Dies sei dann kurzfristig gut über die KLP-Website kommuniziert worden. Jedoch sei eine zusätzliche Hürde gewesen, dass der Fahrradbus nicht direkt vom ZOB in Lüneburg starten konnte, sondern von einer 300m entfernten Haltestelle. Dies wurde ebenfalls über die KLP-Website kommuniziert. Insgesamt hätten jedoch Verwaltung und Politik gemeinsam das Beste aus der Situation gemacht. Jedoch seien die Auskunftssysteme nicht so flexibel, wie es notwendig gewesen wäre.

Herr Kurt berichtet, dass er dieses Thema mehrere Tage bearbeitet habe. Der HVV habe sich sehr kooperativ gezeigt und drei Tage vor Beginn der KLP die Information zum Fahrradbus mit ihrem Newsletter an 70.000 Abonnenten verschickt. Jedoch sei es so kurzfristig nicht mehr möglich gewesen, den Fahrradbus am Lüneburger ZOB unterzubringen, da dieser ohnehin sehr überlastet sei. Deshalb sei ein Hilfsangebot der

Stadt Lüneburg zwei Tage vor Betriebsaufnahme der Abfahrtsort vor dem Museum gewesen.

Herr Kurt berichtet weiter, die KVG habe bestätigt, dass das Angebt der Fahrradmitnahme angenommen werde. Es habe Fahrten mit null Fahrrädern gegeben und welche, bei denen alle 14 Fahrradstellplätze belegt und noch Räder zurückgelassen worden seien.

EKR Schermuly stellt zusammenfassend noch einmal die Kurzfristigkeit zwischen KT-Beschluss und der Betriebsaufnahme des Busses dar. Er dankt Herrn Kurt für sein Engagement und stellt fest, dass eine schnellere und bessere Lösung aufgrund der Kurzfristigkeit nicht möglich gewesen sei.

KTA Carmienke moniert, dass die Datenaktualisierung für die Apps und somit die Digitalisierung in Deutschland viel zu langsam vorankomme und dort das Problem liege.

Vorsitzende Wiehler sagt, dass das Angebot des Fahrradbusses noch bis Mitte Juni laufe und in dieser Zeit die Direktkorrespondenz aktiv von der Mobilitätsagentur gesteuert werden soll. Die Mobilitäts-Website sei diesbezüglich nicht aktuell. Auch hätten dort alle Hinweismeldungen wie z.B. die Ersatzhaltestelle in Lüneburg am Museum prominent aufgeführt werden müssen. Auch der Link zum Fahrplan des Fahrradbusses sei eher versteckt auf der Website und hätte lieber prominent in einem Störer kommuniziert werden sollen. Auch hätte die Mobilitätsagentur die Touristeninfos besser vernetzen können und ihnen Tipps geben sollen, wie sie den Fahrplan digital und nicht nur ausgedruckt vor Ort kommunizieren. Die Kommunikation auf allen Kanälen und das spontane Schnellsein müsse noch geübt werden.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

gez. Wiehler

Vorsitzende

gez. Roux

Protokollführung